



Presseinformation

Stuttgart, 09.01.2024

Krisengipfel mit Lauterbach: „Es geht nur um Ruhigstellung der Ärzteschaft“

Der fachübergreifende Ärzteverband MEDI Baden-Württemberg e. V. begrüßt den Austausch zwischen der niedergelassenen Ärzteschaft und Gesundheitsminister Karl Lauterbach zur ambulanten Versorgung beim heutigen Krisengipfel, kritisiert aber die Ergebnisse der Gespräche. „Mit dem Krisengipfel beabsichtigte Lauterbach nur eine Ruhigstellung der niedergelassenen Ärzteschaft“, resümiert der Vorsitzende von MEDI Baden-Württemberg e. V. und niedergelassene Kardiologe Dr. Norbert Smetak das heutige Gespräch. Die Entbudgetierung bei den Hausärztinnen und -ärzten sei kein Entgegenkommen, sondern laut Koalitionsvertrag längst überfällig. Zudem finde bei den angekündigten Maßnahmen die Fachärzteschaft keinerlei Berücksichtigung.

„Herr Lauterbach hat beim heutigen Krisengipfel keine wirklichen neuen Lösungen auf unsere aktuellen Forderungen präsentiert. Die Entbudgetierung der Hausärzteschaft steht seit über zwei Jahren im Koalitionsvertrag und ist längst überfällig“, kommentiert MEDI-Chef Smetak. In Baden-Württemberg sei die Entbudgetierung bei den Hausärztinnen und -ärzten zudem längst Usus und zeige, dass diese Maßnahme allein die ambulante Versorgung nicht nachhaltig sicherstelle.

MEDI kritisiert, dass Karl Lauterbach von einer Honorarreform spricht, aber bei den Fachärztinnen und -ärzten scheinbar keinen Handlungsbedarf sieht. Auch zur fast 30 Jahre alten Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) gebe es keine neuen Zusagen. „Man sollte aus den Fehlern der vergangenen Jahre bei der hausärztlichen Versorgung gelernt haben und vorausschauend auch die Entbudgetierung bei den Fachärztinnen und -ärzten einführen, um die Kolleginnen und Kollegen im ambulanten System zu halten. Uns fehlen jetzt schon überall Fachärztinnen und -ärzte“, so der praktizierende Kardiologe Smetak.

Außerdem verkaufe der Gesundheitsminister die elektronische Patientenakte und das eRezept als die Gamechanger für eine Entbürokratisierung in den Praxen. Das Gegenteil sei der Fall: Bei der elektronischen Patientenakte komme durch die Aufklärungs- und Dokumentationspflicht künftig noch mehr Arbeit auf die Niedergelassenen zu. Außerdem sind die Systeme laut MEDI unausgereift und erschweren die Arbeit in den Praxen. „Bei der Gestaltung solcher Systeme müssen Niedergelassene involviert werden. Ärztinnen und Ärzte sind im Schnitt rund 60 Tage im Jahr nur mit Bürokratie beschäftigt. Die Zeit fehlt uns am Ende bei den Patientinnen und Patienten“, kritisiert Smetak.



Presseinformation

„Wir brauchen keine einzelnen Maßnahmen nach dem Gießkannenprinzip und keine unausgereifte Digitalisierung. Wie benötigen eine echte Reform der ambulanten Versorgung mit einer vernünftigen Patientensteuerung im Notfall- und Routinebetrieb. So wie wir das bei uns in Baden-Württemberg mit den Haus- und Facharztverträgen bereits seit vielen Jahren erfolgreich umsetzen. Wir brauchen attraktive Vergütungsmodelle für die Haus- und Fachärzteschaft, eine praxisorientierte Digitalisierung und eine minimale Bürokratie mit mehr Verantwortung bei der niedergelassenen Ärzteschaft und ohne ständige Kontrollen und Qualitätsprüfungen durch die Kassen“, fasst der MEDI-Chef die Forderungen des Ärzteverbands zusammen.

Über MEDI:

MEDI Baden-Württemberg e. V. ist ein Zusammenschluss von rund 5.000 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten aller Fachrichtungen und Psychotherapeutinnen und -therapeuten. Schwerpunkte sind die politische Interessenvertretung für unsere Ärzteschaft, fachübergreifendes Denken und Handeln sowie die elektronische Arztvernetzung. Der Erhalt einer wohnortnahen ambulanten Versorgung durch freiberufliche Praxen ist ein weiteres zentrales Anliegen.

Pressekontakt:

MEDI Baden-Württemberg e. V.
Victoria Toll
E-Mail: victoria.Toll@medi-verbund.de
Telefon: (0711) 80 60 79-218
www.medi-verbund.de

Foto: Dr. Norbert Smetak; Bildcredit: Ronny Schönebaum

Download: <https://www.medi-verbund.de/presse/media-service/>